Einzelpreis 30 Pfg. · 3. Jahrgang

Freitag, 1. Oktober 1920

Nummer 412 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Porto-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30,— M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516 4802, 4835, 4642, 4921.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Zechenpresse

Von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amts, Berlin-Schöneberg.

Die „Industrie- und Handels-Zeitung" gilt bei vielen Lesern als unparteiisch, weil in ihrem Kopf die Worte prangen: „Das Blatt erscheint in Verbindung mit dem Reichsfinanzministerium, dem Reichswirtschaftsministerium, dem Auswärtigen Amt und anderen Reichsämtern." Tatsächlich gehört das Blatt wie die im gleichen Verlage erscheinende „Deutsche Allgemeine Zeitung" Herrn Stinnes und vertritt dessen pekuniäre Interessen auf Kosten der Allgemeinheit.

Charakteristisch hierfür ist der Artikel „Keine Kohlenpreiserhöhung" (Nr. 196 vom 2. September), der gleichzeitig auch in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" (Nr. 427) erschien. Er beginnt mit der Feststellung, daß der Antrag des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats auf Erhöhung der Steinkohlenpreise um 9 M. die Tonne vom Reichskohlenrat nicht angenommen worden sei. „Volkswirtschaftlich ist die Beibehaltung des bisherigen Kohlenpreises in Anbetracht der noch immer schwierigen wirtschaftlichen Gesamtsituation sehr zu begrüßen, es fragt sich nur, ob sich die jetzige Preislage auch für die nächsten Monate wird aufrecht erhalten lassen, ohne den Zechen auf die Dauer eine zu starke Belastung aufzuerlegen." Seit Mai seien die Kohlenpreise nicht gestiegen, trotzdem der Lohn je Schicht im Juni um 7,50 M. erhöht worden sei. Das bedeute „eine jährliche Mehrausgabe von 1,3 Milliarden M. für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau. Es lag nahe, diese große Belastung durch eine neue Preiserhöhung auszugleichen. Zunächst sollte jedoch auf anderem Wege ein Ausgleich gefunden werden, und zwar durch eine bedeutende Verringerung der Selbstkosten, die durch eine gleichmäßigere Verteilung der Ueberarbeit auf die einzelnen Arbeitstage erreicht werden sollte. Man verspricht sich nämlich in Zechenbesitzerkreisen dadurch eine Herabsetzung des Kohlenselbstverbrauchs der Zechen von ungefähr 16 Millionen Tonnen jährlich. Was eine derartige Ersparnis für die deutsche Volkswirtschaft und die Eisenbahn bedeutet, erhellt ohne weiteres daraus, wenn man bedenkt, daß das Kohlenabkommen von Spaa bis auf weiteres eine jährliche Leistung von 24 Millionen Tonnen von uns fordert. Leider haben sich die Arbeiter nicht dazu verstanden, auf diese Vorschläge, die sicherlich auch im wohlverstandenen Interesse unserer Wirtschaft liegen, einzugehen."

Nachdem so mit Argumenten, die teilweise wörtlich einer Erklärung der Zechenbesitzer entnommen sind (vgl. „Der Arbeitgeber" vom 1. September), die Bergarbeiter, die lediglich für die Aufrechterhaltung ihrer seit Monaten gültigen Arbeitslohn- und Arbeitszeitbedingungen eintraten, als Störenfriede, die Unternehmer aber, die zu ihren eigenen Gunsten von den Arbeitern neue Opfer ohne Entschädigung forderten, geradezu als gemeinnützig geschildert sind, bringt der Artikel — um sich einen offiziösen Anstrich zu geben — am Schluß den Satz, der sich seit drei Jahren in allen amtlichen Auslassungen zur Kohlenfrage findet: „Man darf überzeugt sein, daß die Regierung alles tun wird, um die Ernährung des Bergarbeiters auf das unbedingt zu fordernde Maß zu verbessern." Gezeichnet ist der Artikel Kg. Das kann Kriegsgewinnler, kann jedoch auch Kohlenratsgeschäftsführer oder sonst was heißen. Aber wer auch immer der halbanonyme Halboffiziöse sein mag, die mögliche Kohlenersparnis der Zechen durfte er nicht in dieser Weise unseren Kohlenlieferungen an die Entente gegenüberstellen. Handelte es sich nur um einen der bei den Jüngern von Stinnes üblichen Rechenfehler, man wäre versucht, ihn mit einem Wortspiel abzutun. (Wenn man sich 16 Millionen Tonnen verspricht, dann verspricht man sich; verspricht man sich aber nicht, dann verspricht man sich 1,6 Millionen Tonnen, und auch dann verspricht man sich noch zu viel.) Aber es ist eben nicht nur sehr töricht, sondern zugleich sehr gefährlich, der Welt in amtlich frisierten Zeitungen zu verkünden, daß, wenn die Ruhrbergarbeiter bereit wären, Dienstags und Freitags zwei Stunden weniger und dafür Montags, Mittwochs und Donnerstags anderthalb Stunden länger zu arbeiten, wir unserer Volkswirtschaft ein Mehr an Kohlen zuführen könnten, das nicht viel geringer ist als unsere Lieferungen an die Entente. Man darf das selbst dann nicht tun, wenn man glaubt, dadurch den einen oder den anderen Leser für den Standpunkt der Werkbesitzer einfangen zu können. Tatsächlich beträgt der ganze Kohlenselbstverbrauch der Ruhrzechen noch keine 16 Millionen Tonnen jährlich, und die Werke wären sicherlich sehr zufrieden, wenn sie „durch eine gleichmäßigere Verteilung der Ueberarbeit auf die einzelnen Arbeitstage" 1 Million Tonnen jährlich ersparen würden.

Was meinen nun die Zechenbesitzer und ihre Presse, wenn sie von einer „jährlichen Mehrausgabe von 1,3 Milliarden Mark für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau" sprechen? Sie wollen offenbar damit sagen, daß die Werke infolge der Lohnerhöhungen jetzt monatlich 110 Millionen Mark weniger verdienen als einst im Mai. Die Zahl selbst dürfte etwas zu hoch gegriffen sein. Aber auch wenn es sich nur um einen monatlichen Verdienstrückgang von 90 bis 100 Millionen handeln würde, wäre das in der Tat eine erhebliche Einbuße. „Es fragt sich nur," um mit Kg. zu sprechen, ob das „auf die Dauer eine zu starke Belastung" wäre und ob das, wie die Zechenbesitzer auch diesmal wieder verkünden, die technische Leistungsfähigkeit des Bergbaus ernstlich gefährdet. Um dies beurteilen zu können, muß man sich daran erinnern, daß der Unternehmergewinn im Ruhrkohlenbergbau im Frühjahr 1920, vor den Lohnerhöhungen, monatlich mindestens 250 Millionen Mark betrug. Nun bin ich zwar wegen dieser Schätzung in der Zechenpresse zunächst sehr lebhaft angegriffen worden, aber ein vor zwei Monaten veröffentlichter Aufsatz, in dem ich nochmals mit neuem Zahlenstoff den Beweis für die Richtigkeit meiner Angaben erbrachte, hat m. W. keinen Widerspruch gefunden. Es geht da wie im Fall Daimler. Solange eine öffentliche Besprechung der unsinnigen Kriegsgewinne dieser Firma zu einem Preisabbau in der Kriegsindustrie hätte führen können, wurden sie in der Unternehmerpresse abgestritten. Heute, wo die Erregung in der Arbeiterpresse über die erst jetzt in ihrer ganzen Höhe bekannt gewordenen Daimlergewinne besonders heftig ist, setzt sich die Unternehmerpresse nicht mehr zur Wehr, weil diese Kriegsgewinne für die künftige Preisgestaltung ohne Bedeutung sind. Seitdem der Verdienst der Zechen durch die Lohnerhöhungen verringert und damit die Gefahr eines Preisabbaus vermindert ist, gibt man die Uebergewinne vom Frühjahr stillschweigend zu.

Der Bevölkerung kann man aber immer wieder nur raten, allen Zahlenangaben der Zechenbesitzer und ihrer Presse mit dem größten Mißtrauen zu begegnen. Diese Warnung ist darum so notwendig, weil unsere Kohlenmag-

Parteigenossen, Parteigenossinnen!

Das Exekutivkomitee der 3. Internationale hat gegen die Abhaltung unseres Parteitages am 12. oder 24. Oktober „entschieden protestiert". **Diesen Protest weisen wir ganz energisch zurück.** Noch sind wir an die 3. Internationale nicht angeschlossen! Noch haben wir unser Selbstbestimmungsrecht! Noch gilt das Diktat der Kommunistischen Internationale nicht im Bereiche unserer Partei! Wir lassen uns das Recht, selbst und allein den Tag des Zusammentritts unseres Parteitages zu bestimmen, nicht nehmen, und weisen daher diesen Einmischungsversuch auf das Entschiedenste zurück.

Das Exekutivkomitee behauptet, daß die „hastige Anberaumung" des Parteitages darauf hinziele, die Arbeiter der Möglichkeit zu berauben, sich über die prinzipiellen strittigen Fragen, die zur Tagesordnung stehen, zu orientieren. Es genügt, diese Erklärung vor der gesamten Parteigenossenschaft zu wiederholen, um das Lächerliche dieser Behauptungen darzutun. Ueberall in der ganzen Partei, in den größten wie in den kleinsten Organisationen, wurden die strittigen Fragen, die mit dem Anschluß an die 3. Internationale zusammenhängen, erörtert, häufig in zwei und drei aufeinanderfolgenden Parteiversammlungen und in zahllosen Zeitungsartikeln und Flugblättern. **Nicht ein Parteimitglied ist der Möglichkeit beraubt worden, sich über die prinzipiellen strittigen Fragen zu orientieren.** In unserer Partei haben die Massen glücklicherweise zu großen Einfluß, als daß es nur möglich wäre, ihre Orientierung zu verhindern. Ganz abgesehen davon, daß von den angegriffenen Vorstandsmitgliedern niemand auch nur den Versuch gemacht hat, die Orientierung der Parteigenossen zu verhindern, im Gegenteil, gerade von ihnen alles geschehen ist, um unsere Mitglieder über alle mit dem Anschluß an die 3. Internationale zusammenhängenden Fragen zu unterrichten.

Deshalb kann der Vorwurf der Illoyalität und Unredlichkeit, den das Exekutivkomitee wegen der angeblich zu schnellen Einberufung des Parteitags erhebt, das Zentralkomitee der U. S. P. D. ganz und gar nicht treffen. Wenn ein solcher Vorwurf vom Exekutivkomitee erhoben wird, so beweist es damit nur, daß es

von den Verhältnissen in Deutschland keine Ahnung hat

und daß es leichtfertig genug ist, sich alle Angriffe und Anschuldigungen „gegen die rechten Führer der U. S. P. D." unbesehen zu eigen zu machen.

Wir wissen ganz genau, daß es für unsere Partei eine Lebensnotwendigkeit ist, so schnell wie möglich, so oder so, die Entscheidung über die Moskauer Bedingungen herbeizuführen. Wir leben in Deutschland in einer revolutionären Epoche und können nicht zusehen, wie die Partei noch länger durch die Streitfrage um Moskau in jeder Aktion gelähmt wird. Es ist für die Arbeiterschaft unerträglich, daß wir in zahllosen Fragen, die von einschneidender Bedeutung in die Lebensinteressen der Arbeiterschaft sind: in den Fragen der Ernährung, der Arbeitslosigkeit, des Steuer- und Finanzwesens, der Sozialisierung und in anderen inner- und außenpolitischen Fragen nicht aktiv eingreifen können. Gerade, um unsere Aktionskraft in kürzester Zeit zurückzugewinnen, haben wir uns entschlossen, den Parteitag schon am 12. Oktober stattfinden zu lassen.

Das Exekutivkomitee erklärt ferner, daß wir versuchten, die ganze Streitfrage auf organisatorische Fragen überzuführen. **Wer hat denn die Organisationsfrage überhaupt aufgeworfen? Doch lediglich die 3. Internationale selbst!** Jetzt, wo uns die 3. Internationale gezwungen hat, zu den von ihr formulierten organisatorischen Aufnahmebedingungen Stellung zu nehmen und wo sie uns zu deren Durchführung ultimativ in kürzester Frist zwingen will, sollen wir diejenigen sein, welche die Streitfragen auf das Gebiet der Organisationsfragen lenken. Solche Verschiebung des Tatbestandes lassen wir nicht zu.

Das Exekutivkomitee unterstellt uns dann den Wunsch, die Hauptprinzipienfragen, nämlich die Frage der Diktatur des Proletariats, des Kampfes um die Räte, der Schaffung illegaler Organisationen (ist das keine Organisationsfrage?), der Verwerfung des Sozialpazifismus zu vertuschen. Wir wissen wirklich nicht, was in diesen Fragen noch zu vertuschen wäre. Die Partei hat auf dem Leipziger Parteitag zu allen diesen Fragen Stellung genommen und diese Stellung im Leipziger Aktionsprogramm festgelegt. In der ganzen Frage gibt es in der Partei überhaupt keinen Streit mehr. Das sind für uns keine Fragen mehr, geschweige denn Fragen, die wir vertuschen wollen. Den Vorwurf der Vertuschung kann man höchstens gegen diejenigen erheben, die uns glauben machen wollen, es handele sich lediglich um prinzipielle Fragen, nicht aber auch um die Frage des Selbstbestimmungsrechts unserer Partei. Das Zentralkomitee der U. S. P. D. vertuscht nichts.

Das Exekutivkomitee will die deutsche Parteigenossenschaft ferner glauben machen, daß die Kommunistische Internationale keinen Ausschluß von Parteigenossen verlangt. Dabei spricht das Exekutivkomitee in demselben Atemzuge von der Unmöglichkeit, mit einer ganzen Reihe von Genossen in einer Partei zu sein und gleichzeitig wird gesagt, daß die U. S. P. D. nicht als revolutionäre Partei existieren kann, falls sie solche „Verräter" aus ihren Reihen nicht vertreiben wird. Das ist deutlich genug, um jedem Genossen klarzumachen, was die 3. Internationale will. **Wir weisen es zurück, daß fortgesetzt aus Moskau Urlasbriefe nach allen Ländern geschickt werden mit Beschimpfungen solcher Genossen, die sicherlich die Verhältnisse in ihrem Lande mindestens ebensogut kennen, wie die Genossen des Exekutivkomitees aus Korea.** Wenn bezüglich der Genossen, die jetzt ihre Fehler eingestehen, auch Ausnahmen zugelassen werden, so muß das Zentralkomitee solche entwürdigenden Bestimmungen ganz entschieden zurückweisen. Denn wer würde sich als revolutionärer Sozialist bereit finden, ein Gnadengesuch nach Moskau zu schicken.

Das Exekutivkomitee bestreitet, daß man von einer „Russendiktatur" sprechen könne, die uns aufgezwungen werden solle; im Exekutivkomitee seien ja unter 21 Mitgliedern nur 5 Russen! Oberflächlich betrachtet, ist das allerdings richtig. Aber wie sieht es denn in Wirklichkeit aus? Von allen der 3. Internationale angeschlossenen Ländern verfügt doch nur die russische Kommunistische Partei über eine nennenswerte Zahl von Mitgliedern. Will man uns wirklich glauben machen, daß etwa die sechs Vertreter der kleinen kommunistischen Gruppen von Amerika, England, Frankreich, Holland, Georgien und Korea die Vertreter der russischen Kommunistischen Partei überstimmen könnten? Hält man in Moskau die deutschen Arbeiter wirklich für so dumm, daß sie auf solche Redensarten hereinfallen könnten?

Schließlich wendet sich das Exekutivkomitee an die Mitglieder unserer Partei mit der Aufforderung, nur solche Delegierte zum Parteitag zu wählen, die für den unbedingten Anschluß an die Kommunistische Internationale eintreten, ohne daran zu denken, daß sie jetzt die Frage entscheidet, ob wir in die brüderlichen Reihen der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt treten oder Gefangene der Agenten des Kapitals bleiben wollen.

Darauf antworten wir: Die Frage, ob wir mit den revolutionären Arbeitern der ganzen Welt eine Front bilden oder Kapitalknechte bleiben wollen, steht gar nicht zur Entscheidung. **Die ganze Partei will die geschlossene Phalanx der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt.** Unsere Partei steht seit Jahren im schwersten Kampfe gegen das Kapital. **Wir waren niemals Gefangene der Agenten des Kapitals und werden es niemals sein.**

Wir wollen aber auch nicht Gefangene der Moskauer Internationale sein.

Es ist unser heißester Wunsch, daß endlich an die Stelle der bankerotten 2. Internationale eine revolutionäre Internationale der Tat tritt, daß aber die Parteien der verschiedenen Länder in dieser Internationale gleichberechtigt sind.

Deshalb fordern wir unsere Genossen auf: **Wählt Delegierte zum Parteitag, die diese 21 Bedingungen nicht annehmen,** damit der Weg frei wird für einen Zusammenschluß der U. S. P. D. mit den revolutionären sozialistischen Parteien aller Länder und der Kommunistischen Internationale.

Berlin, den 30. September 1920.

Die Zentralkommission der USPD.

naten ungeheuer verdient haben und das „geistige Strammstehen" vor pekuniär erfolgreichen Industriellen die Urteilsfähigkeit auch unserer selbständigen Presse merklich untergraben hat. Hierfür nur ein Beispiel: Auf einem Informationsabend im Automobilklub zu Berlin äußerte sich Stinnes über den weiteren Ausfall von monatlich 900 000 Tonnen Kohlen durch Erhöhung unserer Lieferungen an die Entente auf 2 Millionen Tonnen: „Wenn ich annehme, daß eine Tonne Kohlen im neutralen Ausland etwa 1200 M. Wert hat, und die aus ihr produzierte Ware durchschnittlich das Zweieinhalbfache, wenn ich also annehme, daß durch den Ausfall von 900 000 Tonnen Kohlen ein Warenausfall von 3000 M. × 900 000 entsteht, so bedeutet das für uns einen monatlichen Warenausfall von 2,7 Milliarden, also ungefähr die Hälfte unserer gegenwärtigen Ausfuhr, die sich, nachdem das Kohlenabkommen getroffen war, dank der Mehrförderung seit Februar bis Mai d. J. auf 4,5 bis 5,5 Milliarden monatlich gestellt hat." Eine mit Recht angesehene Wochenschrift druckt nun diese Berechnung ab und bemerkt dazu: „Die wirtschaftlichen Wirkungen der Ablieferung von zwei Millionen Tonnen Steinkohlen monatlich hat der Sachverständige Hugo Stinnes mit einer Fachkenntnis und Präzision klargestellt, deren Ueberlegenheit selbst seine erbittertsten Gegner nicht zu bestreiten wagen." Und dabei handelte es sich hier doch nur um eine für durchsichtige Zwecke improvisierte Zahlenspielerei. Denn was hat der Kohlenpreis im neutralen Ausland mit dem Wert unserer Warenproduktion zu tun? Maßgebend dafür ist doch der von unseren Weiterverarbeitern gezahlte Kohlenpreis (200 bis 300 M.) und, soweit Ausfuhrgüter in Frage kommen, etwa noch der von unseren Konkurrenten, d. h. den englischen und den amerikanischen Weiterverarbeitern gezahlte Kohlenpreis (150 bis 400 M., der durchschnittliche Verkaufspreis von 680 amerikanischen Kohlenzechen betrug nach „Times Tr. Suppl." vom 28. August nur 3,31 Dollars die Tonne). Und wenn unsere Ausfuhr, die 1919 im Monatsdurchschnitt etwa 1 Milliarde wert war, sich seit Februar bis Mai d. J. auf 4,5 bis 5,5 Milliarden monatlich gestellt hat, so geschah dies nicht dank der Mehrförderung an Kohle, sondern, wie jedes Kind weiß, dank der Verschlechterung unserer Valuta, mit deren Verbesserung ja denn auch die Ausfuhr wieder sank. Daß Stinnes selber seine Berechnung ernst genommen hat, möchte ich daher erst glauben, wenn er behaupten würde, daß wir bei einem Verzicht der Entente auf die Kohlenlieferungen eine monatliche Mehrproduktion an Waren in Höhe von 3000 M. × 2 000 000 + 6 Milliarden Mark haben würden.

Zum Fall Herzog

In der „Hamburger Volkszeitung" gibt der Vorstand des Bezirks Wasserkante der U. S. P. D. bekannt, daß er auf Grund des Gutachtens eines vom Bezirksvorstande eingesetzten Untersuchungsausschusses keinen Anlaß habe, ein Parteiverfahren gegen Herzog einzuleiten und das er es billige, daß Herzog die gegen ihn erhobenen Angriffe nicht zum Gegenstand einer Beleidigungsklage gemacht habe.

Dieser Veröffentlichung gegenüber stellen wir fest:

1. Schon im Februar 1920 haben wir die Untersuchung der gegen Herzog erhobenen Beschuldigungen herbeigeführt.

2. Diese Untersuchung konnte infolge der Reise Herzogs nach Rußland vor September nicht zu Ende geführt werden.

3. Auf der Reichskonferenz drängte Herzog auf Abschluß der Untersuchung. Als die Untersuchungskommission am 5. September aber in Aussicht nahm, eine Sitzung mit Herzog und den Belastungszeugen am 6. oder 7. September abzuhalten, erklärte Herzog, er reise schon am 6. September nach Hamburg. In Wahrheit ist er — nach einer Mitteilung des Bezirksvorstandes Wasserkante — erst am 8. September in Hamburg eingetroffen. Aus diesen Tatsachen geht hervor, daß Herzog sich der Untersuchung durch die von uns eingesetzte Kommission entzogen hat.

Herzog hielt es für richtiger, seine Angelegenheit in Hamburg untersuchen zu lassen. Er wußte, warum er es tat. Denn dieser Untersuchungsausschuß hat entschieden, nachdem er lediglich Herzog vernommen und die „in Frage kommenden sachlichen Unterlagen" geprüft hatte. Ein eigentümliches Verfahren. **Man vernimmt in Hamburg den Beschuldigten und spricht ihn frei, ohne die Belastungszeugen zu hören.** So konnte die von uns eingesetzte Untersuchungskommission allerdings nicht verfahren. Sie mußte objektiv das Belastungsmaterial prüfen und dann entscheiden. Die Untersuchungskommission hat mehrere gegen Herzog erhobene Angriffe unbegründet befunden. Als sie darüber im Zentralkomitee berichtete, schlug Genosse **Däumig auf den Tisch und verlangte, daß das Verhalten Herzogs zu den Arbeitern** untersucht würde, die bei der „Republik" ihre Spargroschen verloren hätten. Auf Däumigs Antrag wurden die Genossen Sievers und Stolt vernommen. **Beide bestätigten die Behauptungen Däumigs.** Die Untersuchungskommission hätte daraufhin ohne weiteres zu einem für Herzog vernichtenden Urteilsspruch kommen können. Die Kommission fällte aber ein Urteil noch nicht, weil sie erst Herzog hören wollte. **Es ist bezeichnend, daß er unter diesen Umständen vor unserer Untersuchungskommission nicht mehr erscheint.**

Unsere Kommission hatte Herzog ersucht, wegen der gegen ihn in der bürgerlichen Presse erhobenen Beschuldigungen Klage zu erheben. **Diesem Ersuchen ist er nicht nachgekommen.**

Wir müssen nach wie vor verlangen, daß Herzog, wenn er sich wirklich von dem auf ihm ruhenden Verdacht reinigen will, den Weg der Klage beschreitet, und zwar nicht wegen der formellen Beleidigungen, sondern wegen der **ehrenrührigen Tatsachen,** die gegen ihn fortgesetzt seit Jahr und Tag öffentlicht behauptet werden.

Berlin, den 30. September 1920.

Das Zentralkomitee der U. S. P. D.

Hellseher

Die „Kommunistische Korrespondenz Geyer-Däumig-Koenen" verbreitet aus Nürnberg unter dem 28. September folgenden Bericht:

„Die Nürnberger Genossen haben sich in mehreren Versammlungen mit der Frage des Anschlusses an die 3. Internationale und der Anerkennung der Bedingungen befaßt. Am Dienstag vergangener Woche hat zunächst eine Obmännersitzung stattgefunden, am Donnerstag und Freitag eine allgemeine Funktionärsitzung. Referent war Genosse Baier, Korreferent Genosse Simon. Die versammelten 324 Funktionäre beschlossen gegen 11 Stimmen den Anschluß und die Anerkennung der Bedingungen. Unter den 11 Stimmen befanden sich die beiden Redakteure des Nürnberger „Sozialdemokraten", der Preßkommissionsvorsitzende, der Verleger, der Maschinenmeister und der Faktor der Zeitung, der Parteisekretär und der Bürgermeister Freund. Nachdem die Funktionäre sich für Anschluß ausgesprochen hatten, hat darauf eine außerordentlich gut besuchte Mitgliederversammlung ebenfalls mit allen gegen eine Stimme eine Resolution für den Anschluß und Anerkennung der Bedingungen angenommen."

Hierzu ist folgendes festzustellen: Der Bericht wurde am Sonnabend in Berlin hergestellt, am Montag verschickt und gelangte am Dienstag vormittag in die Hände der Empfänger. Da aber die entscheidende Mitgliederversammlung erst am Dienstag abend stattfand, so ergibt sich daraus, daß die Herausgeber der Korrespondenz es schon so weit gebracht haben, das Ergebnis einer Abstimmung für Moskau um vier Tage vorauszusagen. Wir bringen dieser Begabung den schuldigen Respekt entgegen, obwohl die Herausgeber der Korrespondenz es noch nicht zur vollen Höhe ihrer hellseherischen Kunst gebracht haben. Sie behaupten nämlich, bei der Abstimmung habe sich nur eine Stimme gegen Moskau erhoben, während in Wirklichkeit mindestens 100 Stimmen dem Moskauer widersprachen, und das trotz der ausgezeichneten Regie, die es zu verhindern wußte, daß die Genossen das sachliche Referat der Genossin Toni Sender ruhig anhören konnten.

Die Stellung der Organisationen

Elberfeld-Barmen

Am Mittwoch, den 29. September, fand in Elberfeld eine Kreiskonferenz für den Bezirk Elberfeld-Barmen statt, um Stellung zu nehmen zu der Frage des Anschlusses an die dritte Internationale. Referent war Genosse Ledebour, Korreferent Genosse Stoecker. Nach mehrstündiger Diskussion wurden zwei Anträge zur Abstimmung gebracht, die sich für die Annahme der von Moskau gestellten Bedingungen erklärten. Die Abstimmung ergab eine überwältigende Mehrheit gegen die Bedingungen. An der Kreisversammlung nahmen etwa 400 Delegierte aus den einzelnen Bezirken teil.

Aus den Berliner Parteiorganisationen

2. Distrikt

Der zweite Distrikt führte am Mittwoch die Diskussion über die Anschlußbedingungen zu Ende. Eine Resolution für Annahme der Bedingungen erhielt 216 Stimmen, eine Resolution gegen die Bedingungen 127 Stimmen.

10. Distrikt

Am Dienstag, den 28. d. M., tagte eine überfüllte Mitgliederversammlung des 10. Distrikts, bei Büttner, Schwedter Str. 23. Tagesordnung: „Wahlen der Delegierten zum Parteitag, und Ergänzungswahl des Vorstandes." Als Delegierte zum Parteitag wurden als Gegner der Bedingungen die Genossen August Müller, Hermann Preuß und Frau Timm vorgeschlagen. Als Befürworter der Bedingungen die Genossen Gehrke, Schibille und Emil Koch. Bei Punkt 1, Wahl des 1. Vorsitzenden, setzte eine lebhafte, zum Teil stürmische Debatte ein. Da die letzte Versammlung sich für die Annahme der Bedingungen entschieden hatte, glaubte die Linke ihre Zeit für gekommen, um den Genossen Gehrke als Vorsitzenden durchzudrücken. Die Versammlung lehnte den Gen. Gehrke mit großer Mehrheit ab. Nach weiterer stürmischer Debatte wurde der Genosse Grohmann, als Gegner der Bedingungen, gegen den Genossen Koch mit übergroßer Mehrheit zum 1. Vorsitzenden des Distrikts gewählt. Da aus der Mitte der Versammlung die Anregung kam, auch den 2. Vorsitzenden neu zu wählen, erregten sich die Gemüter derart, daß von seiten der Befürworter der Genosse Koch seine Richtung aufforderte, den Saal zu verlassen und nebenan im kleinen Saal weiter zu tagen. Der Gen. Grohmann und andere Genossen ersuchten die abziehenden Genossen zum Bleiben zu bewegen, aber vergebens. Gen. Brandel verhandelte nochmals vergeblich. — Nebenan tagte eine Kommunistenversammlung. Nachdem Genosse Pflaumenbaum als 2. Vorsitzender und Genosse Steffen als 2. Schriftführer bestätigt und alle geschäftlichen Angelegenheiten erledigt waren, gab der Genosse Grohmann in treffenden Worten seine Meinung dahin zum Ausdruck, daß diese Bedingungen von keinem überzeugten Sozialisten angenommen werden können; und daß die Genossen sich rege an den Arbeiten der Partei beteiligen. Mit einem dreifachen Hoch auf die Unabhängige Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Folgender Antrag fand einstimmige Annahme: „Die Mitgliederversammlung des 10. Distrikts verurteilt die Bestrafung der Weißenseer Kommunisten und erwartet, daß dieses Urteil und die Angelegenheit einem ordentlichen Gericht überwiesen wird."

Spandau-Staaken

In einer Mitgliederversammlung der Ortsgruppen Spandau und Staaken sprachen Genosse Rabold gegen, Genosse Richter für Annahme der Bedingungen. Nach eingehender Debatte wurde mit 91 Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Die Mitgliederversammlung der Ortsgruppen Spandau und Staaken steht auf dem Standpunkt, daß nur durch den Zusammenschluß des gesamten auf dem revolutionären Boden stehenden Proletariats aller Länder das Ziel des Sozialismus verwirklicht werden kann. Die revolutionäre Internationale muß aber so aufgebaut werden, daß das Selbstbestimmungsrecht der ihr angeschlossenen Parteien gewahrt bleibt und daß der proletarische Klassenkampf nach den jeweiligen Verhältnissen der einzelnen Länder zu führen ist.

Die Versammlung bedauert, daß die Bedingungen der 3. Internationale dieses Bestreben in keiner Weise fördern, sondern im Gegenteil nur zu einer weiteren Zersplitterung des Proletariats und Schwächung seiner Macht führen müssen. — Infolgedessen lehnt die Versammlung die Aufnahmebedingungen der 3. Internationale ab.

Die Mitglieder der Ortsgruppen Spandau und Staaken sprechen dem heldenmütigen russischen Proletariat ihre volle Sympathie aus und geloben, die russischen Brüder auch fernerhin in ihrem Kampf nach Kräften zu unterstützen."

Eine Resolution für Annahme der Bedingungen erhielt 84 Stimmen.

Der Parteitag in Prag

Nach Blättermeldungen haben sich noch vor Schluß des Parteitages der Linkssozialisten 72 Delegierte, die erkannt haben, daß es sich um einen kommunistischen Kongreß handle, entschlossen, an den weiteren Beratungen und an der Abstimmung nicht teilzunehmen.

Die Neuwahlen in Preußen

Mitte Februar 1921

In der Preußischen Landesversammlung fand gestern die entscheidende Sitzung des Aeltestenrates statt über die Dauer der Landesversammlung. Dazu lagen sowohl von den Fraktionen als auch von den Parteien eine Anzahl Wünsche vor. Die Regierung legt Wert auf die Verabschiedung folgender Gesetze durch die verfassunggebende Landesversammlung: Ueberführung der standesherrlichen Bergregale an den Staat, Diensteinkommengesetz für Lehrer und Lehrerinnen und für Fortbildungsschullehrer, Besoldungsordnung, Ueberalterungsgesetz, Kirchenaustrittsgesetz, Mittellandkanal, Landessteuergesetz und auf die Verabschiedung des Haushalts. Die Fraktionen waren sich darüber einig, daß die Verfassung und das Wahlgesetz erledigt werden müssen. Die Mehrheit wünschte auch die damit zusammenhängenden Gesetze verabschiedet zu sehen. U. a. die Wahlgesetze für die Provinziallandtage und Kreistage und für den Staatsrat.

Die Deutschnationalen forderten als Wahltermin den 12. Dezember. Der Antrag wurde gegen die drei Mehrheitsparteien abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag der Demokraten, nach dem die Neuwahl drei Monate nach Verabschiedung der Verfassung stattfinden soll. Als wahrscheinlich wurde angenommen, daß die Verfassung im November verabschiedet werden wird und daß Neuwahlen also bestimmt Mitte Februar stattfinden. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß für die Abstimmungsgebiete gleichzeitig die Wahlen für den Reichstag stattfinden. Die Demokraten beantragten gleichzeitig Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen, drangen damit aber nicht durch.

Im Verlauf der Verhandlungen betonte das Zentrum, daß gegenwärtig im Ruhrrevier Wahlen unerwünscht sind. Dort seien alle Kräfte in der Produktion angespannt und die Wahlen könnten dort nur störend wirken. Die Deutschnationalen erklärten sich wohl zur Verabschiedung der Besoldungsvorlage bereit, verlangten aber, daß die Deckungsvorlage nicht mehr eingebracht wird. Die beiden Parteien der Rechten erklärten sich auch gegen die Verabschiedung des Landwirtschaftskammergesetzes. Die bürgerlichen Parteien legten Wert auf die Verabschiedung der Novelle über Groß-Berlin. Die Vorlage kommt am Mittwoch auf die Tagesordnung der Vollversammlung.

Preußische Landesversammlung

Donnerstag, den 30. September 1920.

Der Präsident eröffnet die Sitzung bei fast leerem Hause.

Als erster Punkt der Tagesordnung kommt der Gesetzentwurf betr. das **Gemeindewahlrecht in Helgoland,** der bestimmt, daß nur solche Helgoländer **wahlberechtigt** sind, die 5 Jahre ortsansässig sind.

Abg. **Breaour** (Soz.): Meine Parteifreunde haben gegen den Regierungsentwurf schwerste Bedenken. Die verlangte fünfjährige Ortsansässigkeit schlägt jedem demokratischen Empfinden ins Gesicht, umsomehr, als nach dem Gemeindewahlrecht nur eine sechsmonatliche Ortsansässigkeit festgesetzt ist, die nach Reichsgesetz nur bis zu einer einjährigen gehen kann. Die ganze Bestimmung hat nur den Zweck, eine Anzahl der begüterten Bevölkerung, insbesondere der Geschäftsleute, ihre alten Vorrechte zu erhalten. (Sehr richtig!) Wir stimmen dafür, das Gesetz dem Gemeindeausschuß zu überweisen. (Beifall links.)

Abg. **Schmiljan** (Dem.) und Abg. **Klingemann** (D.-N.) treten für die Vorlage ein.

Abg. **Kilian** erklärt namens der Unabhängigen Fraktion, daß diese der Ausnahmebestimmung gegen die Arbeiter von Helgoland **den schärfsten Widerstand** entgegensetzen wird. Es sei bedauerlich, daß die preußische Regierung auch in diesem Fall wieder dem Drängen kapitalistischer Interessenten nachgegeben hat. Die Ausnahmebestimmung für Helgoland entspringt der gleichen reaktionären Tendenz, die den Gesetzentwurf Groß-Berlin sabotieren will. (Sehr richtig! b. U. S.) Gegen diese Treibereien kapitalistischer Interessentenkreise muß auch die breite Masse des Volkes Sturm laufen. (Sehr richtig! b. d. U. S.) Die Kreise, die den Helgoländern bestreiten das Wahlrecht erst nach fünf Jahren gewähren wollen, sind nicht die alten eingesessenen Helgoländer, sondern die sitzenden Hoteliers und Bankiers. Daß sie auf die Steuerleistung der Arbeiter Verzicht leisten würden, wenn diese nicht wählen dürfen, das ist wohl kaum anzunehmen. (Sehr gut! b. U. S.) Wir sind mit Ueberweisung einverstanden, bedauern aber heute schon, daß die Regierung überhaupt eine solche Ausnahmebestimmung dem Hause vorzulegen wagt. Wir werden die Ausschußberatung benutzen, um der Regierung in Erinnerung zu rufen, wem sie ihr Dasein verdankt. (Beifall b. d. U. S.)

Abg. **Adolf Hoffmann** (U. S.) weist darauf hin, daß das Haus auf der Rechten nur schwach besetzt ist und verlangt von den reaktionären Parteien, daß sie selbst anfangen, wenn sie rückschrittliche Gesetze machen wollen. Daß gestern die Beschlußfassung über Groß-Berlin in zweiter Lesung nicht verhindert werden konnte, liegt daran, **daß die Rechtssozialisten den Antrag auf namentliche Abstimmung nicht unterstützt hätten.** (Zuruf.) Von unseren 24 Abgeordneten waren 17 anwesend, 30 Stimmen waren aber erforderlich. Daß die Reaktion gegen das sozialisierte Groß-Berlin gestern Erfolg haben konnte ist also nicht, wie der „Vorwärts" behauptet, der Lauheit meiner Fraktion, sondern der Feigheit der Rechtssozialisten zuzuschreiben. (Beifall b. d. U. S.)

Das Gesetz geht an den Gemeindeausschuß.

Nunmehr folgt die zweite Beratung der Vorlage über Abänderung des Gesetzes, betreffend **Besetzung der Schuldeputationen,** Schulvorstände und Schulkommissionen.

Den Gesetzentwurf über das **Hebammenwesen** beantragt Abg. **Schmedding** (Z.) an den Hauptausschuß zu überweisen.

Abg. Dr. **Weyl** (U. S.) beantragt Ueberweisung an den Bevölkerungsausschuß. Hier scheinen Faktoren vorhanden zu sein, die das Gesetz hintertreiben möchten.

Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen dem Abg. Dr. Weyl (U. S.) und **Bronisch** (D.-N.) wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und die Vorlage dem Ausschuß für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Ein Regierungsvertreter teilt mit, daß bereits, namentlich in den Eisenbahnwerkstätten, Maßnahmen gegen „Pfuscharbeit" getroffen seien. Im übrigen werde die Regierung die Frage weiter prüfen und weiter für Abhilfe sorgen. Damit sei die Anfrage erledigt.

Es folgt die große Anfrage Dr. **Hager** (Ztr.) und Genossen, betreffend die **Zahlungsunfähigkeit der Gemeinden.** Abg. Dr. Hager (Ztr.) begründet die Anfrage. — Ein Regierungsvertreter antwortet, daß von der Reichsregierung zugesagt sei, die Gemeinden dürften für 1920 ein Viertel der Einkommensteuer vorweg erheben, auch würden Vorschüsse zugesagt.

Nunmehr begründet Abg. **Klausner** (U. S.) einen Antrag der Unabhängigen, die Regierung zu ersuchen, schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, den den in erheblichem Umfange um sich greifenden **Abbruch von Ziegeleien** unterbindet. Gleichzeitig sind alle Möglichkeiten zu erschöpfen, den Ziegeleibetrieb zu fördern. Redner bezieht sich insbesondere auf den geplanten Abbruch der Ziegelei Alaunwerk bei Freienwalde. Anstatt die Wohnungsnot zu beseitigen, wurden hier kapitalistische Schiebungen gemacht. Das Interesse der Bevölkerung ist der kapitalistischen Gewinnwirtschaft gleichgültig. Dieses Prinzip erstreckt sich ja nicht nur auf die Ziegeleien, sondern auch auf andere lebenswichtige Betriebe. Die ganze bürgerliche Gesellschaft trägt die Schuld und die Rechtssozialisten sind mitschuldig. (Widerspruch bei den Soz. Beifall bei den U. S.)

Ein Regierungsvertreter erwidert: Die Regierung kann und wird aber die Wiederaufnahme des Betriebes anordnen und im Weigerungsfall den Besitzer enteignen. Dem steht jedoch wie oben bemerkt, die technische Unmöglichkeit durch die Kohlennot entgegen. Im übrigen haben diese Ausnahmefälle in letzter Zeit noch weiter abgenommen und es steht zu hoffen, daß dies in Zukunft noch weiter der Fall sein wird.

Abg. **Rosler** (Soz.): Der Einwurf, daß man keine rechtliche Grundlage zum Eingreifen hatte, kann nicht gelten.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Danach vertagt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr.

Lebhafte Debatten in Orléans

Paris, 30. September.

In der gestrigen Nachmittagssitzung des Gewerkschaftskongresses in Orleans verteidigte der Generalsekretär der Gewerkschaft der Bergarbeiter, Bartuel, die Haltung der C. G. T. und warf den Eisenbahnern vor, daß sie nur einen Teilstreik gemacht hätten, während die Bergarbeiter und Seeleute zum allgemeinen Ausstand geschritten seien. Seine Aeußerungen riefen lebhaften Widerspruch hervor. Er wandte sich gegen die kommunistische Diktatur, erklärte, man wolle auch nicht die Diktatur der sozialistischen Partei, führe in diesem Augenblick einen Feldzug gegen den Syndikalismus.

Auch der Sekretär des Verwaltungsrats der C. G. T., Jouhaux, wandte sich dagegen, daß das Bureau des Allgemeinen Arbeiterverbandes die Sache der Arbeiterklasse verraten habe. Man habe die C. G. T. für den Mißerfolg des Streiks verantwortlich machen wollen, es seien aber die Anhänger der Minderheit in Paris gewesen, die die Bewegung hätten fallen lassen, in dem Augenblick, in dem die Anhänger der Mehrheit im Süden den Streik unterstützt hätten.

Während der beiden Reden kam es wiederholt zu stürmischen Unterbrechungen.

Gewerkschaftliches

Streik der städtischen Gutsarbeiter

Auf den städtischen Gütern sind die Arbeiter in einen Streik getreten. Der abgeschlossene Tarif läuft bis 30. März 1921. In demselben ist vorgesehen, daß alle zwei Monate durch eine zu diesem Zweck eingesetzte Kommission die Lohnsätze unter Berücksichtigung der herrschenden Teuerungsverhältnisse nachgeprüft werden sollten. Zum letzten Nachprüfungstermin hatten die Gutsarbeiter, die kein Deputat beziehen, eine Lohnerhöhung um 35 Prozent, die Arbeiter mit Deputat eine solche um 50 Prozent gefordert. Die Kommission hat lediglich eine Erhöhung der Kinderbeihilfe um wöchentlich 2 Mk. auf 8 Mk. zugebilligt. Während der Magistrat diesem Schiedsspruch zugestimmt hat, haben die Arbeiter ihn abgelehnt. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter als Organisation der Güterarbeiter hat sich bemüht, eine gütliche Beilegung des Konflikts zu erreichen. Eine Urabstimmung unter den Gutsarbeitern hat jedoch ergeben, daß 90 Prozent für den Streik waren. Gegenwärtig finden wiederum Verhandlungen zwischen der Arbeitnehmerorganisation und der zuständigen Magistratsdeputation statt, um eine möglichst schleunige Beilegung des Streiks herbeizuführen.

Der Magistrat hat erklärt, daß er auf unverzügliche Aufnahme der Arbeit rechnet. Eine Revision des Tarifs im gegenwärtigen Augenblick wird nicht für tunlich erachtet, zumal die Arbeiter mit ihrem Deputat sich erheblich besser ständen, als die Arbeiter in der Stadt.

Lohnbewegung im Zeitungsgewerbe.

In einer am 29. September stattgefundenen Versammlung der Angestellten des Berliner Zeitungsgewerbes wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 29. 9. 20 versammelten Angestellten des Zeitungsgewerbes beharren auf ihren Forderungen, da die jetzigen Lohnsätze zum Lebensunterhalt nicht entfernt ausreichen. Jeden Lohnabbau lehnen sie entrüstet ab. Die Rfa wird von den Angestellten beauftragt, den Kampf mit dem Arbeitgeberverband in aller Entschiedenheit zu einem siegreichen Ende zu führen.“

Inzwischen findet eine Urabstimmung in den Betrieben statt, die erkennen lassen soll, ob die Angestellten streiken wollen oder nicht. Bei den Arbeitgebern ist nochmals in letzter Stunde angefragt worden, wie sie sich jetzt zu den Forderungen verhalten, vor allem, ob sie nach wie vor auf einem Lohnabbau bestehen.

Am Freitag, den 1. Oktober, nachm. 6 Uhr, findet im Schultheiß, Hasenheide Nr. 29/31, eine neue Versammlung aller Angestellten des Berliner Zeitungsgewerbes statt, wo über das Ergebnis der Abstimmung berichtet und über die weitere Stellungnahme Beschluß gefaßt werden soll.

Neuer Unternehmertrick, Tarifverträge zu umgehen!

In jüngster Zeit wird besonders in der Zigarrenbranche ein neuer Trick angewendet, um den Tarifvertrag bei Neueinstellungen zu umgehen. Indem man die Not der Arbeitslosen ausnützt, verlangt man von den sich bewerbenden Filialleitern, daß sie sich verpflichten, die Geschäfte täglich 11—12 Stunden geöffnet zu halten und, um formal den Achtstundentag nicht zu überschreiten, sollen die Betreffenden für die übrige Zeit eine Vertretung auf ihre eigenen Kosten stellen. Auf diese Weise wird ein indirekter Lohnabbau betrieben und die Notlage der Arbeitslosen in der schamlosesten Weise ausgebeutet. Bis jetzt konnte festgestellt werden, daß bei den Firmen Gebr. Gerstmann u. Co., Neue Winterfeldstr. 9, und Tabakhaus Groß-Berlin diese Praxis geübt wird.

Wir warnen alle organisierten Kollegen, unter diesen Bedingungen eine Stellung anzunehmen und fordern die arbeitende Bevölkerung auf, diese Geschäfte zu meiden.

Zentralverband der Angestellten.

Die Berliner Opposition des Z.D.A. für die Moskauer Bedingungen. Eine Versammlung von Delegierten, Betriebsfunktionären und Anhängern der Berliner Opposition des Z.D.A., die am 29. September in Haverlands Festsälen stattfand, nahm nach einem Referat des Genossen Wolff für, Korreferat des Genossen Denzer gegen die Bedingungen und reger Diskussion mit über zweidrittel Majorität eine Entschließung für Moskau und die Bedingungen an.

Die Elektromonteure und Helfer des A. E. G. Stahl- und Walzwerks sind wegen Lohnforderung in den Streik getreten. Vor Zuzug nach Hennigsdorf wird gewarnt.

Achtung Töpfer! Die Verhandlungen sind gestern ergebnislos verlaufen. Wir empfehlen den Kollegen, bis zu der am 4. Oktober stattfindenden Meisterversammlung keinerlei Aktion zu unternehmen.

Die Lohnkommission der Töpfer und Ofensetzer Groß-Berlins.

Stadtverordneten-Versammlung

Bei Beginn der Sitzung stellt der Vorsteher Genosse Dr. Weyl fest, daß es sich noch nicht um die letzte Versammlung der alten Fraktion handele. Nach dem Gesetz über die neue Gemeinde Berlin tritt diese erst in Kraft, wenn der neue Magistrat gewählt und bestätigt ist. Dies ist, soweit es sich um die Bestätigung handelt, bisher nicht der Fall. Die alte Gemeinde besteht also noch fort.

Eine Anzahl von Vorlagen beschäftigt sich mit dem Ausbau und Neubau von Wohnlauben. Genosse Jahn beantragt dazu bei prinzipieller Zustimmung zu den Anträgen, die Pachtverträge der vom Magistrat zu vermietenden Wohnlauben insofern zu ändern, als die Miete nicht vierteljährlich, sondern monatlich fällig sein soll und die Hinterlegung einer halben Jahrespacht fortfällt.

Genosse Schulz beantragt, statt der Holzbauten Schlackenbetonbauten herzustellen.

Die Versammlung beschließt auf Antrag Pattloch (S. P. D.), die Summe von 6 840 000 M. für diesen Zweck zu bewilligen, und die Form der Ausführung einem Ausschuß von 15 Mitgliedern zu überweisen.

In der 13. Hilfsschule in der Hochstraße sind in der Nacht vom 29. zum 30. März

sämtliche Bleirohre aus der Klosettanlage gestohlen

worden. Wegen der Dringlichkeit hat der Magistrat die Ersatzarbeit sofort in Auftrag gegeben und beantragt nachträgliche Genehmigung von 12 356,30 M. für die Kosten.

Genosse Hirsch weist an einem früheren Falle nach, in welcher Weise die Stadt bei solchen Kostenrechnungen über die Ohren gehauen werden kann. Er beantragt Zurückverweisung an den Magistrat und Vorlage der genauen Unterlagen. Die Versammlung beschließt demgemäß. Charakteristischerweise schließt sich die bürgerliche Rechte, die sonst andauernd zur Sparsamkeit aufruft, diesem Wunsche nach Nachprüfung der Vorlage nicht an.

Eine Reihe von Vorlagen zur Kenntnisnahme rufen den Genossen Dr. Weyl zur Kritik auf den Plan.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte seinerzeit beschlossen, die für

Seelsorge

und zugehörige Ausgaben in den Etat eingestellten Posten nur insoweit zu bewilligen, als sie durch rechtsverbindliche Verpflichtungen oder durch den Gemeindebeschluß vom 27. März 1919 notwendig wurden. Die Versammlung erwartete eine besondere Vorlage über Art und Höhe der gezahlten Beträge im Rechnungsjahre.

Darauf antwortet der Magistrat jetzt — nach 1½ Jahren — lakonisch: „Wird durch eine besondere Vorlage erledigt werden.“ Die Vorlage selbst aber fehlt noch immer. Genosse Dr. Weyl geißelt dies Verhalten in schärfster Weise.

Weiter hat die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat am 15. Mai ersucht, mit ihr in gemischter Deputation über eine

Ausgestaltung des Nachrichtenwesens

zu beraten. Der Magistrat hat dem sofort am anderen Tage zugestimmt. Aber seit dem 16. Mai 1919 bis heute ist in der Angelegenheit nichts mehr geschehen.

Bürgermeister Reicke war der Meinung, die Ausgestaltung des Nachrichtenwesens sei eine so große Aufgabe, daß sie dem neuen Berlin gebühre. Aber Genosse Weyl wies nach, daß eine Reihe von Maßnahmen schon jetzt mit gleich starkem Personal, aber allerdings vielleicht mit anderen Personen durchgeführt werden könne. Notwendig sei im Nachrichtenamt ein tüchtiger Journalist. Als Material müßten dem Nachrichtenamt auch die Protokolle der Kommissionen und Deputationen zur Verfügung stehen, damit die Bürger das Entstehen und Werden wichtiger Arbeiten für das Gemeinwohl verfolgen könnten.

Herr Oberbürgermeister Wermuth glaubt, daß dem nichts entgegenstehe. Er habe das Nachrichtenamt nie als eine Institution aufgefaßt, die ausschließlich im Dienste des Magistrats stehe. Es sei nichts im Wege, im Sinne des Herrn Dr. Weyl zu verfahren.

Genosse Dr. Weyl nahm davon mit Genugtuung Kenntnis. Aber die Auffassung der Dinge hätte natürlich auch dem Stadtverordnetenkollegium bekannt sein müssen, damit danach verfahren werden konnte.

Damit schloß die öffentliche Sitzung.

Es folgten eine Reihe von Vorlagen in vertraulicher Beratung.

Genosse Kamet bittet um Aufnahme folgender Erklärung: Ich habe in der Bezirks-Generalversammlung Teltow-Beeskow am 27. September nicht gesagt, daß die Preßkommission sich auflöst und die Stellungnahme der Distrikte zum Mißtrauensvotum der Preßkommission abwartet, sondern, daß die Preßkommission sich zurückziehen wird, bis die Distrikte zum Mißtrauensvotum der Preßkommission Stellung genommen haben.

Groß-Berlin

Urwahl in Berlin für den Parteitag

Die Distrikte werden nochmals aufgefordert, ihre Delegiertenvorschläge und die Namen der Listenvertreter bis spätestens Freitag, mittags 12 Uhr, dem Bureau Breitestr. 8/9, Hof rechts, 1. Ausgang, 1 Treppe, zu Händen des Genossen Schneider mitzuteilen. Gleichfalls sind die Wahllokale dem Bureau namhaft zu machen. Spätere Mitteilungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Listenvertreter treten am Freitag, den 1. Oktober, nachm. 5 Uhr, zusammen, um die Reihenfolge der Kandidaten zu bestimmen. Die Vertreter der Bedingungen tagen in der Betriebsrätezentrale, Münzstr. 24, die Gegner der Bedingungen im Lokal von Fröhlich, Breitestr. 23.

Die Stimmzettel können am Sonnabend, den 2. Oktober, von vormittags 10 Uhr ab im Bureau, Breitestr. 8/9 gegen Vorlegung einer vom Distriktsvorstand ausgestellten Legitimation in Empfang genommen werden. Der geschäftsführende Ausschuß.

Stellungnahme der Mieterschaft Groß-Berlins zur geplanten Mietsteuer

Am 4. Oktober nimmt der Mieterverband Groß-Berlin in etwa 80 Massenversammlungen zur geplanten Mietsteuer und den neuen drohenden Mietzuschlägen erneut Stellung. Für den Fall, daß diese neuen Mehrbelastungen zur Tatsache werden sollten, ist die organisierte Mieterschaft, nebst angeschlossenen Interessen-Verbänden, entschlossen, zum Mieterstreik aufzurufen. Näheres besagen die heutigen Inserate und öffentlichen Bekanntmachungen an den Säulen.

Die Vorgänge im Städtischen Obdach

Zu dem in der Abendausgabe der „Freiheit“ vom 24. September veröffentlichten Artikel bemerkt der darin angegriffene Achtelstedter in einer Zuschrift an uns, daß er sich dagegen verwahre, ein Spitzel zu sein. Wahr sei, daß er vor einiger Zeit einen Arbeitstrupp des Hauptmann Bever geführt habe, aber sich, als er im Unklaren über diese Sache war, mit den Arbeiterräten Schmidt, Wurm, Meyer und Genossen in Verbindung setzte und der Transport daraufhin unterbunden wurde. Im übrigen sei er nur bestrebt gewesen, das Elend im städtischen Obdach zu beseitigen. Er sei von den Obdachlosen zum Arbeiterrat gewählt worden und als solcher habe er deren Interessen vertreten und auch schon viel erreicht, indem er vielen zu Kleidung und Arbeit verholfen habe. Es habe nicht in seiner Absicht gelegen, die Obdachlosen mit den Hausdienern in Schlägereien zu verwickeln und bedauere er den Vorfall.

Arbeiter-Bildungsschule USP.

Proletarische Feierstunden.

Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhause, Karlstraße unter Mitwirkung von Frau Tilla Durieux und Alexander Moissi. Eintrittskarten zu 2,50 M. sind in unserem Bureau Breite Str. 8/9, Hof rechts 1 Treppe, in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 8/9, in der „Freiheit“-Expedition Johannisstr. 9, im Parteibureau Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 31 und bei den Bezirksführern zu haben.

Die Distrikte 6, 7, 8, 9 und Niederbarnim-Ost stellen je fünf Ordner, die sich am Sonntag früh 10 Uhr im Großen Schauspielhause, Eingang Schiffbauerdamm, einfinden.

Die Karten für die Veranstaltungen am 10., 17. und 24. Oktober müssen durch die Bildungsobleute oder Distriktskassierer sofort von unserem Bureau abgeholt werden.

Einladung

Wir laden hiermit die Bezirksorganisationen Groß-Berlins der Kommunistischen Partei (S. Komm. Intern.), der U. S. P., der K. A. P. D., die Betriebsrätezentrale und den Aktionsausschuß, welcher sich kürzlich in verschiedenen Versammlungen der Arbeitslosen konstituiert hat, zu einer gemeinsamen Aussprache betr. Regelung der Vertretung der Erwerbslosen ein. Wir bitten angeführte Organisationen, einige Genossen zu dieser Sitzung zu delegieren, welche am Sonnabend, den 2. Oktober, vormittags 11 Uhr, in der Klosterstr. 92 stattfindet.

Der Arbeiterrat der Arbeitslosen.

An den bestehenden 312 Berliner Gemeindeschulen, 20 Hilfsschulen und 4 Schulen für Schwerhörige mit rund 105 500 Knaben und 109 000 Mädchen unterrichten rund 4700 evangelische, 654 katholische und 33 jüdische Lehrkräfte, darunter 2000 Lehrerinnen (28 jüdische).

Die Utopie in der Wirklichkeit

Eine Friedensnovelle

9] von

August Strindberg.

Herr v. Bleichroden wurde erregt und unruhig, als sich eine schwache Musik hören ließ. Es war eine Orgel, die einen Choral spielte, aber einen Choral in Dur; es war kein lutherischer, kein katholischer, kein kalvinischer, kein griechischer, doch er sprach, und der Kranke glaubte Worte zu hören, trostvolle, hoffnungsreiche Worte. Und jetzt stieg ein Mann die Apsis hinauf und blieb dort stehen, zur Hälfte von der Tropfsteinklippe verborgen. War das ein Priester? Nein, er war in einen hellgrauen Rock gekleidet, hatte ein hellblaues Halstuch um und seine Hemdbrust war in der Oeffnung der Weste zu sehen. Auch ein Buch hatte er nicht. Aber er sprach. Er sprach mild und einfach, wie man unter Freunden spricht; er sprach von den einfachen Lehren des Christentums, seinen Nächsten zu lieben wie sich selbst, geduldig, verträglich, verzeihend gegen Feinde zu sein; er sprach davon, wie Christus sich die Menschheit als ein einziges Volk gedacht habe, aber wie die böse Natur des Menschen diesem großen Gedanken entgegengewirkt, wie die Menschheit sich in Nationen, Sekten, Schulen gruppiert habe; aber er sprach auch die feste Hoffnung aus, die Grundsätze des Christentums würden bald verwirklicht werden. Und als er eine Viertelstunde gesprochen hatte, stieg er wieder hinab, nachdem er ein kurzes Gebet zu Gott dem Allmächtigen gesandt hatte, ohne Jesus, Jungfrau Maria, Nikolaus, Anastasius oder irgend einen Namen zu nennen, der an ein offizielles Bekenntnis erinnern und Leidenschaften wecken konnte.

Herr von Bleichroden erwachte wie aus einem Traum. Er war also in der Kirche gewesen! Er, der, aller kleinlichen Konfessionsstreitigkeiten müde, seit fünfzehn Jahren keinen Gottesdienst besucht hatte. Und hier, hier im Irrenhause sollte er eine Freikirche in voller Wirklichkeit antreffen; hier saßen Römisch-Katholische Griechisch-Katholische, Lutheraner, Kalvinisten, Zwinglianer, Anglikaner Seite an Seite und widmeten gemeinsame Gedanken dem gemeinsamen Gotte. Welche vernichtende Kritik bildete dieser Kirchensaal für all jene Sekten, welche die Selbstsucht der Menschen zu ebenso vielen Religionen gemacht hatte, die einander niedersäbelten, einander verbrannten, einander schmähten! Welches Zugeständnis für den Angriff der „ungläubigen“ Kirche auf jenes politische Dynastiechristentum!

Herr von Bleichroden ließ seine Blicke über den schönen Raum schweifen, um die Schreckbilder fortzujagen, die er hervorgerufen hatte. Sein Auge irrte und irrte, bis es auf der Querwand, gegenüber der Apsis, haften blieb. Da hing ein kolossaler Kranz, und in dem stand ein Wort geschrieben, mit Buchstaben, die aus Tannenzweigen zusammengesetzt waren. Er buchstabierte das französische Wort Noel und wiederholte für sich Weihnacht. Welcher Dichter hatte diesen Raum gedichtet? Welcher Menschenkenner, welcher tiefe Geist hatte so verstanden, die schönste und reinste aller Erinnerungen zu wecken? Mußte die umnachtete Vernunft nicht diese brennende Sehnsucht nach Licht und Klarheit empfinden, wenn sie sich an das Fest des Lichtes erinnerte, wo die dunklen Tage beim Jahreswechsel ein Ende nahmen oder wenigstens ein Ende zu nehmen versprachen! Mußte nicht der Gedanke an die Kindheit, als keine Bekenntnisstreitigkeiten, kein politischer Haß, keine ehrgeizigen leeren Träume das Rechtsgefühl des reinen Sinnes verdunkelten, einen Ton in den Seelen anschlagen, der all dieses Bestiengeheul überstimmte, das man später draußen im Leben, in dem Kampfe ums Brot, öfter um die Ehre, gehört hatte! Er dachte nach und fragte sich: wie kann der Mensch, der als Kind fromm ist, so schlecht werden, wenn er älter wird? Ist es die Erziehung, die Schule, diese gepriesene Blüte der Kultur, die uns lehrt, schlecht zu werden? Möglich! Was lehren uns die ersten Lehrbücher? dachte er. Sie lehren uns, daß Gott ein Rächer ist, der die Missetaten der Väter an den Kindern straft bis ins dritte und vierte Glied; sie lehren uns, daß die Helden sind, die Volk gegen Volk aufgereizt und Länder und Reiche geraubt haben; daß große Männer die sind, denen es gelungen ist, die Ehre zu erreichen, deren Leere alle einsehen, der aber doch alle nachstreben; Staatsmänner die, welche mit List große Ziele erreichen, nicht hohe, wo der ganze Verdienst in einem Mangel an Gewissen bestehen kann, der stets im Kampfe gegen die, welche Gewissen haben, siegen wird! Und damit unsere Kinder alles dies lernen, bringen die Eltern Opfer, entsagen und leiden Qualen durch die Trennung von den Kindern! War die Welt nicht ein Irrenhaus, wenn dieser Ort der vernünftigste war, wo er je gewesen!

Nun sah er wieder das einzige geschriebene Wort in der ganzen Kirche an, und er buchstabierte es von neuem; da begann in den heimlichen Verstecken der Erinnerung ein Bild aufzusteigen, wie wenn der Photograph das Eisenvitriol über die graue Negativplatte spülen läßt, sobald sie aus der Camera gekommen ist. Er glaubte den letzten Weihnachtabend vor sich zu sehen. Den letzten? Nein, da war er in Frankfurt gewesen. Also den vorletzten. Es war der erste Abend, den er im Hause seiner Verlobten zubrachte, denn am Tage vorher hatte er sich verlobt. Jetzt sah er die Häuslichkeit des alten Pfarrers, seines Schwiegervaters; er sah den niedrigen Saal mit dem weißen Buffet, dem Klavier, den Zeisigen im Bauer, den Balsaminen am Fenster, dem Schrank mit der Silberkanne, den Tabakspfeifen, die teils aus Meerschaum, teils aus rotem Ton waren; und da geht sie, die Tochter des Hauses, und hängt Nüsse und Aepfel an die Weihnachtstanne. Die Tochter des Hauses! Da schlug es wie ein Blitz in seine Finsternis nieder, doch wie ein schönes ungefährliches Wetterleuchten im Spätsommer, das man von der Veranda betrachtet, ohne ein Einschlagen zu befürchten. Er war verlobt, er war verheiratet, er hatte eine Frau, die ihn wieder ans Leben band, das er vorher verachtet und gehaßt hatte. Doch wo war sie? Er mußte sie sehen, sie treffen, jetzt sofort! Er mußte zu ihr fliegen, denn sonst würde er vor Ungeduld vergehen.

Er eilte aus der Kirche heraus und stieß sofort auf den Arzt, der auf ihn wartete, um die Wirkung des Kirchenbesuches zu sehen. Herr von Bleichroden faßte den Arzt bei den Schultern, sah ihm gerade in die Augen und fragte mit dem Atem in der Kehle:

— Wo ist meine Frau? Führen Sie mich sofort zu ihr! Sofort! Wo ist sie? —

— Sie und ihre Tochter —, sagte der Arzt ruhig, — erwarten Sie unten in der Rue de Bourg. —

— Meine Tochter? Ich habe eine Tochter! — rief der Patient und brach in Tränen aus.

— Sie sind sehr gefühlvoll, Herr von Bleichroden —, sagte der Arzt lächelnd.

— Ja, Doktor, man muß es hier werden! —

— So kommen Sie und kleiden Sie sich zum Ausgehen an —, sagte der Arzt und nahm seinen Arm; — in einer halben Stunde sind Sie bei den Ihrigen, und dann sind Sie wieder bei sich selbst! —

Und sie verschwanden in dem großen Hausflur.

(Fortsetzung folgt.)

Aufklärung großer Geschäftseinbrüche. Millionenbeute machte eine Einbrechergesellschaft, die jetzt von der Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gebracht wurde. Kriminalbeamte sahen an der Ecke Koch- und Charlottenstraße ein Mädchen in einem wertvollen Pelz, der aus dem Geschäft von Citron in der Werderschen Straße bei einem Einbruch gestohlen worden war. Sie beobachteten es weiter, erkannten in einem jungen Mann, der an es herantrat, einen „Kunstmaler" Otto Pflug und nahmen beide fest. Der Griff führte zur Aufklärung von 13 Einbrüchen und zur Unschädlichmachung einer Bande, die der Schrecken des Südens und Südwestens der Stadt war. Ihr gehörten außer Pflug noch der Schlosser Walter Zühlke, dessen Bruder, der Arbeiter Fritz Zühlke, der Schlächter Heinz Hillen und der Kellner Rudolf Rief an.

Bestechungsversuche an Wohnungsbeamten. Der Magistrat Charlottenburg beschloß vor Monatsfrist, in allen Fällen von Bestechungsversuchen gegen Beamte und Angestellte des Wohnungsamtes Strafantrag wegen Bestechungsversuche und Beleidigung zu stellen und alle künftigen Fälle von Bestechungsversuchen durch die Presse bekanntzumachen unter Bezeichnung des Versuchers. Nunmehr sind folgende zwei Fälle von Bestechungsversuchen zur Kenntnis des Magistrats gelangt, die dem Beschluß entsprechend der Oeffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden: Der Kaufmann Richard Schulz, Kurfürstendamm 244, und der Schuhwarenfabrikant Karl Schigur, Kalckreuthstr. 11, die sich beim Charlottenburger Wohnungsamt um die Zuweisung von Geschäftsräumen bewerben, haben jeder dem Beamten, der die Angelegenheit bearbeitet, Geld angeboten, um eine für sich günstige Entscheidung herbeizuführen. Wegen der in diesem Geldangebot liegenden Beleidigung und versuchten Bestechung eines Beamten wird vom Magistrat Charlottenburg Strafantrag gestellt.

Volkshochschule Neukölln. Die Volkshochschule Groß-Berlin hat ihren Arbeitsplan für das Vierteljahr Oktober/Dezember 1920 herausgegeben. Derselbe ist für Neuköllner Interessenten im städtischen Volksbildungsamt, Rathaus, Zimmer 218, zum Preise von 0,50 Mk. erhältlich. Wie im Vorjahr ist auch in diesem Jahre die Einrichtung von Sprachkursen in Aussicht genommen, die voraussichtlich Mitte Oktober ihren Anfang nehmen werden. Nähere Auskunft hierüber wird im Volksbildungsamt frühestens Anfang Oktober bereitwilligst erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet bis auf weiteres jetzt abends von 8—10 Uhr statt.

Wegen grober Verstöße gegen die Verordnung des Kohlenverbandes Groß-Berlin ist dem Kohlenhändler Kamprath, Berlin, Gaudystr. 6, der Fortbetrieb des Handels mit Kohlen untersagt worden.

Der „Männerchor Moabit" veranstaltet am kommenden Sonnabend, den 2. Oktober, in der Hochschule für Musik, Hardenbergstraße, ein großes Konzert, bestehend aus Orgel-, Solo- und Chorvorträgen. Als Solisten sind der bekannte Organist Herr Dreyer und Frau Martha Wolff-Dreyer gewonnen worden. Es sei allen Parteigenossen der Besuch des Konzerts bei dem Verein, der sich bei allen Parteiveranstaltungen bereitwilligst zur Verfügung stellt, angelegentlichst empfohlen. Eintrittspreis 3 Mark. Beginn pünktlich 7½ Uhr.

Bei der Einäscherungsfeier des Genossen Karl Müller am Mittwoch im Krematorium Gerichtstr. ist ein schwarzer Glacéhandschuh verloren gegangen. Um Rückgabe bittet Paul Prochnow, Müllerstr. 33/34.

Gestohlen wurde gestern vormittag vom Hofe der „Freiheit" einem erwerbslosen Genossen das Fahrrad. An der Lenkstange trägt es den Namen der Firma Julius Rüdiger-Neusalz. Vorderrad neue Bereifung, Hinterrad geflickt mit einem Stück alten Mantel. Eventl. Ermittlungen an die Expedition erbeten.

Aus den Organisationen

2. Distrikt. Sonnabend, 2. Oktober, Schulentlassungsfeier der Proletarierjugend in der Aula der Schule Kulmstr. 15, pünktlich 7½ Uhr. Eintritt frei.

3. Distrikt. 1. Abteilung. Freitag, 7 Uhr, bei Rausch, Kreuzbergstr. 2, Sitzung der Bezirksführer und Stellvertreter sowie aller Funktionäre.

4. Distrikt. Alle Gegner der Anschlußbedingungen an Moskau treffen sich heute abend 7 Uhr im Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147.

9. Distrikt. 2. Abteilung. Freitag, 7 Uhr, Sitzung aller Funktionäre und Kommissionsmitglieder Allensteiner Str. 23 im Lokal.

10. Distrikt. Die Bezirksführer werden ersucht, die noch vorhandenen Billetts zu dem am 9. d. M. stattfindenden Musikabend mit dem Abteilungsführer bis Sonntag, den 3. Oktober abzurechnen.

11. Distrikt. Stimmzettel und Stempel zur Wahl sind am Sonnabend, den 2. Oktober, von nachmittags 2 Uhr ab bei Gen. Kerff, Elisabethkirchstr. 16, abzuholen.

11. Distrikt. Der nächste Vortrag der Bildungskommission findet nicht am 2. Oktober, sondern erst am 9. Oktober statt.

18. Distrikt. Die Bezirksführer brauchen von dem Abteilungsführer Material nicht abzuholen.

Neukölln. Freitag, 6½ Uhr, Bezirksversammlung. 11. Bezirk bei Kuhlisch, Böhmische Str. 43-44.

Neukölln. 17. Bezirk. Bezirksversammlung Freitag, 7 Uhr, bei Flick, Badestraße Ecke Jonasstraße.

Neukölln. 17. Bezirk. Die vom Genossen Schimanski zu heute abend auf Einladungszetteln des Wahlvereins einberufene Bezirksversammlung des 17. Bezirks ist rein privater Natur. Jedoch findet heute abend 7 Uhr bei Schröter, Ecke Bebe- und Schierkestraße eine Funktionärversammlung statt.

Neukölln. 17. Bezirk. Bezirksversammlung Freitag, abends 7 Uhr, bei Flick, Jonasstraße Ecke Badestraße.

Neukölln. Die Bezirksführer wollen noch im Laufe des heutigen Tages die Wahlvorstandsmitglieder dem Parteibureau mitteilen.

Lichtenberg. Bibliothekskommission. Außerordentliche Sitzung Sonnabend, 2. Oktober, 8 Uhr, bei Schulz, Kronprinzenstr. 47. Jedes Mitglied muß unbedingt erscheinen.

Niederschönhausen. Sonnabend, 5—9 Uhr und Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 9—1 Uhr, bei Malis, Eichenstr. 70, Urwahl der Kandidaten zum Parteitag. Liste Schindler für, Liste Kauffmann gegen die 21 Aufnahmebedingungen. Mitgliedsbuch oder -karte mitbringen. Länger als drei Monate Rückständige nicht wahlberechtigt. Rückständige Beiträge können im Wahllokal noch gezahlt werden.

Friedenau. Die Urabstimmung findet Sonnabend von 5—9 Uhr und Sonntag von 10—1 Uhr im Lokal von Schönefeld, Kirchstr. 23, statt.

Oberschöneweide. Die Urwahlen der Delegierten zum Parteitag in Halle finden am Sonnabend von 5—8 Uhr und Sonntag von 10—1 Uhr statt. Wahllokale befinden sich bei Schüßler, Siemensstraße, Imberg, Wilhelminenhofstraße und Klose, Rathenaustraße. Die Genossen werden um vollzählige Teilnahme an der Wahl ersucht.

Cöpenick. Freitag, abends 7½ Uhr, bei Klaus, Bahnhofstr. 44, Zusammenkunft der Bedingungsgegner. Referat: Marx oder Bakunin.

Friedrichshagen. Die Urwahl der Delegierten zum Parteitag findet am Sonntag, den 3. Oktober, von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags im Lokal Tinius, Friedrichstr. 121, statt. Im selben Lokal um 9 Uhr vormittags Sitzung des Abstimmungskomitees.

Alt-Glienicke-Falkenberg. Sonnabend den 2. Oktober, 6—9 Uhr abends, Urabstimmung für den unteren Ortsteil bei Schäfer, für den oberen Ortsteil in der Baubude, Gartenstadtstraße. Es ist Pflicht jedes Genossen, sich an der Wahl zu beteiligen.

Vereinskalender

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 3a (Nicht ständig Angestellte des Magistrats Berlin): Vertrauensleuteversammlung am 1. Oktober, nachm. 6½ Uhr, im Schultheiß, Neue Jakobstr. 24-25. — Fachgruppe 8g (Juwelen-, Uhren-, Gold- und Silberwaren-Kleinhandel): Mitgliederversammlung am 1. Oktober, abends 7½ Uhr, Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96-97. — Fachgruppe 10 (Alle Sektionen): Fachgruppenversammlung am 1. Oktober, abends 7 Uhr, Müller-Säle, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — Fachgruppe 12 (Glas-Industrie und -handel, Schleifereien): Oeffentliche Versammlung am 1. Oktober, abends 7½ Uhr, Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11-12.

Deutscher Werkmeister-Verband, Bez.-Verein Berlin 4, Fachgruppe Metallindustrie. Montag, 8 Uhr, Generalversammlung. Tagesordnung: Vortrag und Wahlen.

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde", Ortsgruppe Wilmersdorf. 2—3. Oktober Wünsdorf—Zechendorf (Quartier). Abfahrt abends 6.25 vom Potsd. Bahnhof.

Sozialistische Proletarierjugend Groß-Berlin. Die vertagte Generalversammlung findet am Sonnabend, den 2. Oktober, abends 7½ Uhr, in der Schulaula, Stralauer Str. 31-34, statt. Sehr wichtige Tagesordnung.

Sozialistische Proletarierjugend, Gruppe Süden. Heute, 7 Uhr, (pünktlich), 112. Gemeindeschule, Wassertorstr. 31, Klassenzimmer 16. Einführungsvortrag: Was ist Sozialismus? Jugendgen. S. Neumann. Jugendliche willkommen.

Soz. Proletarierjugend Westen. Sonnabend, 7½ Uhr, Schulentlassungsfeier in der Aula der Schule Culmstr. 15. Eintritt frei.

Sozialistische Proletarierjugend. Gruppe Charlottenburg. Sonntag Nachmittagsausflug. Treffpunkt: 1 Uhr, Charlottenburger Hauptbahnhof. Musikinstrumente und Photoapparate mitbringen.

Internationaler Bund der Kriegsopfer, Ortsgruppe Reinickendorf-West. Mitgliederversammlung am 1. Oktober, abends ½8 Uhr, im Restaurant Demel, Scharnweberstr. 54, Ecke General Woynastraße.

Internationaler Bund der Kriegsopfer. Sonntag, vormittags 10 Uhr, im Lehrervereinshaus Alexanderplatz, öffentliche Versammlung. Thema: „Die Stellung der Organisationen zum Reichsversorgungsgesetz". Referent: Genosse Diedt. Der Reichsbund ist aufgefordert, einen Korreferenten zu stellen.

Arbeiterstenographen-Verein „Arendo". Freitag, den 1. Oktober, abends 7 Uhr, in der städtischen Pflichtfortbildungsschule, Zimmer 1, Georgenstr. 32-34, am Bahnhof Friedrichstraße, Beginn eines neuen Anfängerkursus. Späteste Anmeldung am Freitag, den 8. Oktober.

Volksfürsorge. Vertrauensmännerversammlungen am Montag, den 4. Oktober, abends 7 Uhr. Thema: Die Neuorganisation in Groß-Berlin. Abteilung Nord 1 (Bezirke 16, 19, 27, 49 und 53) bei Kinzel, Usedomstraße Ecke Jasmunderstraße. Referent: Genosse Lohmeyer. Abteilung Lichtenberg (Bezirke 9, 17, 52 und 70) bei Kurlewski, Lichtenberg, Pfarrstr. 74. Referent: Genosse Wäßing.

Lebensmittelkalender

Zusammenlegung der Charlottenburger Brotkommissionen. Infolge der Verringerung der Lebensmittelkarten sind die vorhandenen 21 Brotkommissionen zu 11 zusammengelegt. Die neuen Brotkommissionen sind vom 1. Oktober ab folgende: B. K. 1, Pestalozzistr. 89-90, zusammengelegt aus B. K. 19, Bleibtreustr. 43 und B. K. 1-2, Pestalozzistr. 89-90. — B. K. 2, Bleibtreustr. 43, zusammengelegt aus B. K. 1-2, Pestalozzistr. 89-90 und B. K. 20, Bleibtreustr. 43. — B. K. 3, Schloßstr. 2, zusammengelegt aus B. K. 17-18, Dankelmannstr. 46 und B. K. 3-4, Schloßstr. 2. — B. K. 4, Kaiserin-Augusta-Allee 74, zusammengelegt aus B. K. Nr. 29-30, Neues Ufer und B. K. 5-6, Kaiserin-Augusta-Allee 74. — B. K. 5, Joachimsthaler Str. 31-32, zusammengelegt aus B. K. 7 und 8 ebenda. — B. K. 6, Sophie-Charlotte-Str. 69-70, zusammengelegt aus B. K. 21, Witzlebenstraße 35 und B. K. 11-12, Sophie-Charlotte-Str. 69-70. — B. K. 7, Pestalozzistr. Nr. 40, zusammengelegt aus B. K. 22, Witzlebenstr. 34 und B. K. 13-14, Pestalozzistr. 40. — B. K. 8, Hallerstr. 3-4, zusammengelegt aus B. K. 15, Krummestraße 10 und B. K. 23-24, Hallerstr. 3-4. — B. K. 9, Sybelstr. 20-21, zusammengelegt aus B. K. 25 und B. K. 26 ebenda. — B. K. 10, Oranien Str. 13, zusammengelegt aus B. K. 10, Spreestr. 29-31, B. K. 31, Oranien Str. 15 und B. K. 32, Oranien Str. 13. — B. K. 11, Kastanienallee 12, anstelle der B. K. Nr. 27-28 ebenda.

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Komeriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Tüchtige
Verkäufer
für
Leinen- und Baumwollwaren
die in flott. Detailgeschäften tätig waren, sofort gesucht.
Meldungen von 11—12 Uhr vormittags
Kaufhaus d. Westens
G. m. b. H.
Berlin W. 50
Tauentzienstraße 21-24.

Verkäuferinnen
für
Wirtschaftsartikel
sofort gesucht.
Meldungen von 11—12 Uhr verm.
Kaufhaus des Westens
G. m. b. H.
Berlin W. 50,
Tauentzienstr. 21-24.

Soeben erschienen:
Für die 3. Internationale
Die U.S.P.D. am Scheidewege
von Curt Geyer
mit Beiträgen von Walter Stoecker und Paul Hennig
und einem Vorwort von Ernst Däumig.
Preis 1,50 Mark.
Bestellungen sind zu richten an den Verlag „Arbeiter-Rat", Berlin C 25, Münzstraße 24.

Sensationelle Preise für Metalle jeder Art
zahlt Metallankaufsstelle
Charlottbg., Wallstraße 53
Bln., Stubbenkammerstr. 8
(am Bahnhof Prenzlauer Allee)
Geöffnet von 8 bis 7 Uhr.

Kupfer
Messing, Blei, Zink
Quecksilber
zahlt über den höchst. Tagespreis
1 Oderberger Str. 1
Ecke Schönhauser Allee.

Weißmetall, Zinn, sowie sämtl. Metalle
höchste Preise.
Lichtenberg, Niederbarnimstraße 3, Quergb. part.

Kaufe jeden Posten
Altmetalle
zu den höchsten Preisen
Zimmermann, Alte Jakobstraße 56. Straßenbahn wird vergütet. Auskunft über Preise Moritzplatz 4347

Metallel Preiserhöhung!
Zinn! Lötzinn!
Weißmet., Blei Kupfer! Messing! Zink! Aluminium! Nickel! Stanniolpapier! Quecksilber! Glühstrumpfasche b. 150! Salpetersaures Silber! Zahngebisse, Zahn bis 100.—! Goldbruch! Silberbruch! Platinabfälle! Höchste Tagespreise! Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31

Kupfer Rotguß Messing
Zink, Blei, Eisen sowie Zinn und Lagermetall kauft zum höchsten Preise Tilsiter Str. 61, an der Frankfurter Allee.

Zahle wirklich
höchste Schmelzpreise
Kupfer, Rotguß, Messing, Zink, Blei usw.
Pintschstrasse 19,
am Petersburger Platz.

Kupfer
Rotguß
Messing
} zu denkbar höchsten Tagespreisen
kauft Tasche
in folgenden Geschäften:
Belle-Alliancestr. 88
Wilmersdorf,
Bernhardstraße 15a
Fischerstraße 9
Holzmarktstraße 16
Linienstraße 215
Friedrichsfelder Str. 4
Rheinsberger Str. 52
Hochmeisterstraße 2
Senefelderstraße 33
Urbanstraße 7
Friedenstraße 1
Georgenkirchstraße 12
Adalbertstraße 20
Melchiorstraße 15
Büschingstraße 21
Grenadierstraße 18
Löwestraße 11
Prenzlauer Str. 56
Palisadenstraße 99
Pintschstraße 21

Metall-ankaufsstelle **-Osten**
Grüner Weg 90
zahlt höchste Tagespreise für
Kupfer, Messing,
Blei Zink usw.

Altmetalle
Zinn, Lötzinn,
Lagermetalle, Quecksilber
höhere Preise
Dresdener Straße 13-14

Kupfer
Messing, Blei, Zink,
Quecksilber kauft
Lychener Straße 5
an der Hochbahn Danziger Str.

Metalle
Kupfer, Rotguß, Blei, Messing, Zink, Zinn und Lagermetall, Quecksilber unüberbietbare Tagespreise
Zuckermann,
Elsasser Straße 9, vorn II Tr.
Norden 4061.

Metallschmelzwerk
kauft für eigenen Bedarf **Alt-Metalle**
Spez.: Reinzinn, Lötzinn, Blei, Lagermetalle
und zahlt als Selbstverbraucher die höchsten Preise.
Erich Liepmann
Mariannenstr. 18. Moritzplatz 6804.

Kupfer
Rotguß
Messing
Blei
Zink
23
Simeonstr. Schrager
Zahlt 50 Pfg. mehr p. Kilo über Tagespreis.
Ueberzeugung genügt im Laden.

Kupfer
Messing, Zink, Blei,
Zinn, Lagermetall,
Quecksilber
Feilen, Nägel, Schrauben
Wassmann-Str. 22
Anklamer Str. 58.

Sensationell
sind unsere Preise für
Kupfer, Messing,
Blei, Zink, Zinn,
Weißmetall, Quecksilber
I. Neukölln, Steinmetzstraße 18
Telefon Neukölln 402
II. Lichtenberg, Jungstraße 23
Alexander 5272

Die
Neuköllner Metall-Einkaufs-Zentrale
Kottbuser Damm 68, am Hermannplatz, kauft
Kupfer, Messing,
Blei, Zink.

Metalle Quecksilber Zinn Weißlager
kaufen laufend
Schulzendorfer Straße 2
Kösliner Straße 6
Kurfürstenstraße 9
Telephon Lützow 8134.
Neukölln,
Schillerpromenade 23

Höchste Preise
für Zinn, Quecksilber, sowie sämtliche Altmetalle
Neue Hochstraße 38.

Platin . . .	Gr. 165 M.	Silber 900er	Gr. 1.20 M.
Gold 900er	„ 30 „	800er	„ 1.00 „
750er	„ 23 „	750er	„ 0.90 „
585er	„ 18 „	Gebisse bis	2000 M.
333er	„ 9 „	Quecksilber	

Retzlaff & Zimmer
Linienstraße 33.

Die höchsten Preise erzielt man für
Kupfer, Zinn, Quecksilber
usw. bei
Schäffer, Moabit, Wittstocker Str. 19.

Kreuzfüchse 300 M.
Alaska-, Blau-, Zobel-, Silber- und Weißfüchse, Damenpelzmäntel, Herren-Geh- u. Sportpelze bis zur Hälfte der Preise herabgesetzt. Ferner Cutaways, Paletots, Ulster, früher bis 1200 Mk., jetzt 350 bis 450 Mk. Große Posten Hosen, Stück 60 Mk. (Keine Lombardwaren.)
Leihhaus Moritzplatz 58a. Größtes Spezialhaus dies. Art.

U. S. P.-Sterbetafel
18. Distrikt.

Die Genossin
Johanna Peltz
verstarb am Sonntag an einer inneren Krankheit. Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 2. Okt., nachm. 2 Uhr im Krematorium Gerichtstraße statt.

Bezirk 328a
Am 21. d. Mts. verstarb unser Genosse
Heinr. Rehbein
Ehre ihrem Andenken.
Der Vorstand.

Allen Turnschwestern u. Turngenossen die traurige Nachricht, daß unsere liebe Turnschwester
Hannchen Peltz
am Sonntag, den 26. Sept. verstorben ist.
Die Einäscherung findet am Sonnabend, 2. Okt., nachm. 2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die 2. Frauen-Abtlg. des Turnver. „Fichte".

Am 28. Sept., abends 10 Uhr, entschlief sanft unsere liebe, einzige Tochter
Meta Habeck,
im Alter von 25 Jahren.
Sie folgte ihrem einzigen Bruder Bruno, der am 23. Mai 1916 beim Völkermord dahingerafft wurde.
Dies zeigen tiefbetrübt an Hermann Habeck u. Frau als Eltern Werner Habeck als Sohn.
Berlin-Pankow
Gaillardstr. 31.
Beerdigung Sonnabend, 2. Okt., nachm. 2½ Uhr, von der Halle des Pankower Friedhofes Gaillardstr. aus.

Allen Freunden, Genossen u. Genossinnen sowie den Mitbewohnern des Hauses für die Teilnahme bei der Einäscherung unseres lieben Rudichens den herzlichst. Dank; insbesondere danken wir unserem Freund u. Gen. Wieloep, sowie der Gen. Hensel für ihre lieben Worte am Sarge.
Familie Saden-Schulz,
Emmauskirchstraße 12.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 3. Oktober 1920, vormittags 10 Uhr
Branchen-Versammlung
der Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser und weiblichen Berufsangehörigen
in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Emil Barth über „Unternehmersabotage".
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! Da die Betriebseinschränkungen von Tag zu Tag größer werden und immer größere Arbeitermassen der Arbeitslosigkeit verfallen, haben wir ein Thema gewählt, woraus hervorgehen soll, welches die Gründe hierfür sind und wie dem Elend gesteuert werden kann.
Es ist daher dringende Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, in der Versammlung zu erscheinen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Am Sonntag, den 3. Oktober 1920, vormittags 9 Uhr, im Lokal von Wollschläger, Adalbertstraße 21,
Branchen-Versammlung
der Drahtarbeiter Groß-Berlins.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Am Sonntag, den 3. Oktober 1920, vormittags 9 Uhr, in der Schulaula, Weinmeisterstraße 16—17
Branchen-Versammlung
für alle Kollegen und Kolleginnen in Walzwerken, Blei- und Drahtkabel- und Papierrohrfabriken.
Tagesordnung:
1. Vortrag.
2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Achtung! Achtung!
Bau- und Geldschrankschlosser
Die Vertrauensleute der Groß- und mittleren Betriebe, sowie die Kollegen in den Kleinbetrieben werden ersucht, die Zahl der im Oktober ausgelernten Lehrlinge der Betriebe zu melden. Ebenso die Lehrlinge, welche sofort entlassen werden.
Meldung an die Branche der Bauschlosser.

Achtung! Erwerbslose!
Die Auszahlung der städtischen Erwerbslosen-Unterstützung an die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Kollegen und Kolleginnen erfolgt von Dienstag, den 5. Oktober ab Kaiser Wilhelm-Straße 46, vorn 2 Treppen.
Die Ortsverwaltung.

15. Distrikt
Die Genossen des 15. Distrikts, welche Gegner der Anschlußbedingungen sind, treffen sich Freitag, den 1. Okt., abends 7 Uhr, in der Schulaula Stephanplatz.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Wilmersdorf.
Nach einer Mitteilung des hiesigen Versicherungsamtes ist der Wert der Sachbezüge für den Stadtkreis Berlin-Wilmersdorf mit Wirkung vom 20. September 1920 erhöht und erneut festgesetzt worden.
Da sich hierdurch in gegebenen Fällen die Beiträge erhöhen, machen wir unsere Arbeitgeber im eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß ein Abdruck, aus welchem der Wert der einzelnen Sachbezüge zu ersehen ist, im Kassenlokal, Schalter 10, unentgeltlich abgegeben wird.
Berlin-Wilmersdorf, den 30. September 1920.
Der Vorstand.
R. Henke, 1. Vorsitzender. O. Tolkmitt, Schriftführer.

Botenfrauen
verlangt sofort
Spedition Lorenz, Charlottenburg
Wallstraße 68.

Botenfrauen stellt sofort ein
Spedition Wutzky, Johannisstr. 9.